ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Nummer 555

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Gesellschaft f. Radiotelefonie m.b.H.
ANODE
Liefert Apparate für Drahtlosen Konzertempfang
Verkaufs- u. Vorführungsraum Berlin-Wilmersdorf Kaiserallee 41 a Tel.: Fürstenhof 4, 6, 8

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Krausenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 25 Goldpfennig. 69. Jahrgang

Mittwoch, 5. Dezember 1923

Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz.

Die heutige Reichstagssitzung.

Die Deutschnationalen gegen das Ermächtigungsgesetz.

Sämtliche Fraktionen des Reichstages beschäftigten sich heute vormittag mit dem Kompromiß-Beschluß der Sozialdemokraten, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, wenn ein Reichstagsausschuß von 15 Mitgliedern vor Erlaß der Verordnungen gehört wird. Mit der Regierung ist eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß dem Ermächtigungsgesetz, das in der heutigen Plenarsitzung zur Beratung steht, hinzugefügt wird: „Vor Erlaß der Verordnungen ist ein Ausschuß von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören." Auf die „vertrauliche" Beratung ist entscheidendes Gewicht gelegt worden aus außenpolitischen Gründen. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten) erklärten sich mit dem sozialdemokratischen Antrage einverstanden und sind bereit, das Ermächtigungsgesetz in der erweiterten Form anzunehmen. Auch die Bayerische Volkspartei stimmte zu.

Die Deutschnationale Volkspartei, die gegen 1 Uhr zusammentrat, hat nach kurzer Beratung beschlossen, das Gesetz abzulehnen. Ob die Deutschnationalen bei der Endabstimmung den Saal verlassen werden, um das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit zu verhindern, ist im Augenblick noch nicht bekannt.

Die Beratungen des Reichstages werden heute noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Man glaubt aber, daß am Donnerstag nachmittag die entscheidende Abstimmung erfolgen wird.

Nachdem die Fraktionsberatungen zu Ende waren, begann die Reichstagssitzung.

Am Regierungstische: Reichskanzler Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß der Abg. Seemann (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung, die verbunden wird mit der ersten und zweiten Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Als erster Redner gibt

Abg. Scheidemann (Soz.)

folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion ist in Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten befristeten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen mit der Maßgabe, daß einer Vertretung des Reichstages dieselbe Mitwirkung zugesichert wird wie dem Reichsrat. Die Fraktion hat sich bei ihrer Stellungnahme von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

Vermag die Fraktion sich auch nicht mit dem gesamten Inhalt der vom Reichskanzler genannten Maßnahmen einverstanden zu erklären, so ist sie doch mit ihm der Meinung, daß in dem Finanzproblem die Frage von Stein oder Nichtsein des deutschen Volkes liegt. Sie bedauert aber aufs tiefste, daß die zur Lösung dieses Problems notwendigen Entscheidungen nicht rechtzeitig getroffen worden sind. Wenn infolge der bisherigen Versäumnisse nach Auffassung der Regierung zur Rettung der Wirtschaft und der Finanzen ein außergewöhnlicher Weg beschritten werden muß, so wird die Fraktion diese Absicht nicht durchkreuzen, denn eine Verzögerung . . . (Abg. Lebebour (d. k. Fr.): Und die Verlängerung der Arbeitszeit? — Unruhe b. d. Soz.) Die Zwischenrufe würden auf mich mehr Eindruck machen, wenn ich wir nicht die Frage vorlegen müßte, ob nicht auch diese Zwischenrufe von Moskau bestellt sind. (Lärm b. d. Komm. — Abg. Herzfeld (Komm.) ruft: Lumpenkerl! — Glocke des Präsidenten.) Denn eine weitere Verzögerung würde die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung und damit eine Erschütterung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches und die Ausschaltung der Volksvertretung zur Folge haben. In dieser Eventualität unseres verfassungsmäßigen Lebens und in der Ausschaltung des Parlaments und der vorliegenden Inanspruchnahme des Art. 48 erblickt die Fraktion eine schwere Gefahr. Die Absicht, ihr vorzubeugen, war für ihren Entschluß mit entscheidend. Die Fraktion stellt fest, daß für die Verordnungen die Regierung allein die Verantwortung trägt. Die Fraktion kann keine Verantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts übernehmen, dem sie nicht angehört. Sie behält sich ihre sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Schon jetzt betont sie, was ihre Mitglieder in den Besprechungen mit der Regierung wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß die bisher vorbereiteten steuerpolitischen Maßnahmen unzulänglich sind und eine einseitige Belastung der minderbemittelten Volksschichten bewirken müßten. Der Erklärung des Reichskanzlers, daß, wenn Volk und Vaterland der Vernichtung entgehen sollen, der größten Opferwillen kommen ist, stimmen wir in dem Sinne zu, daß die größte Opferbereitschaft denen zukommt, deren Leistungsfähigkeit am größten ist. (Beifall b. d. Soz.) Der Großbesitz hat sich bisher der weitgehendsten Schonung erfreut. Dieser Tatsache trennen die finanzpolitischen Pläne der Regierung nicht gebührend Rechnung. Die Fraktion hält es für unerläßlich, daß die Regierung nicht zurückschreckt vor einem Zugriff auf die Vermögensabfindung. Die Fraktion hofft weiter, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Lebensinteressen der beschäftigten Volksmassen schonen, daß die Regierung bei der Behördenvereinfachung und dem Personalabbau parteipolitische Nebenabsichten und vermeidbare Härten fernhält und, soweit sie Entlassenen keine Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen vermag, den beklagenswerten Opfern der Wirtschaftskrisis die notwendigen Mittel bereitstellt. In diesem Augenblick zeigen sich bescheidene Vorzeichen einer wirtschaftlichen Besserung, der Kurs der Mark im Auslande hat sich gehoben, und es bestehen für einzelne Zweige der Wirtschaft Hoffnungen auf eine Wiederbelebung. Solche Ansätze sollen nicht durch Verschärfung der innenpolitischen Krise gestört werden, wenn es irgendwie vermieden werden kann. Unsere Fraktion wünscht, daß das deutsche Volk baldmöglichst befreiat wird, in welchem Geiste, in welcher Richtung es die Politik des Reiches geführt sehen will. Vorher wünschen wir aber, daß der militärische Ausnahmezustand aufgehoben wird und auch das Recht unserer Volksgenossen am Rhein und Ruhr, frei und unbeeinflußt an den deutschen Reichstagswahlen teilzunehmen gesichert werde. In diesem Sinne und nur in diesem Sinne sind wir bereit, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen.

Wohl niemals ist eine solche Regierungskrise über das deutsche Volk hereingebrochen, wie in diesen Tagen, niemals hat das deutsche Volk mit so wenig Verständnis den Entschließungen seiner Volksvertreter gegenübergestanden als an dem November-Freitag, an dem die vorige Regierung gestürzt wurde, ohne daß man wußte, was man an ihre Stelle setzen soll (Sehr wahr! l. Z.). Niemals ist ein solcher klaffender Riß zwischen dem Volk und seinen Vertretern entstanden, zwischen dem staatspolitischen Instinkt der großen Volksmasse draußen und dem parlamentarischen Wirken gewisser Vertreter dieses Hauses bis in die letzten entscheidungsvollen Tage, die glücklicherweise heute wenigstens einer Lösung entgegengehen, die die Möglichkeit zum Aufbau der Arbeit gibt. Wenn in weiten Kreisen des deutschen Volkes die Begründung dieser Krise nicht verstanden wurde, so am wenigsten im besetzten Gebiet. (Sehr wahr! Zentrum) und gerade in diesem Augenblick, wo diese vielgeprüften Deutschen kaum wissen, wie sie unter der Wucht der gegnerischen Angriffe ihr Deutschtum verteidigen sollen, wo sie mehr als je darauf angewiesen sind, daß eine aktionsfähige Regierung ihnen den Weg weist, auf denen sie ihr Deutschtum verteidigen können. In diesem Augenblick wird diese Schlußkrise vor ein Forum gestellt, das unbestreitbar ist. (Sehr wahr! l. Z.) Meine Freunde haben jetzt nicht das Bedürfnis, in der Vergangenheit zu wühlen und Kritik zu üben, an dem, was ernste Kritik herausfordert, denn selbst, wenn die Kreise, die die Krisis mit heraufbeschworen haben, sind heute froh, daß sich ohne Heraufbeschwörung größerer Katastrophen eine Lösung gefunden hat. Diesen Gesundungsprozeß in den verschiedenen inneren Lagern möchten wir durch herbe Kritik nicht hemmen. Das Resultat der Krisis ist wesentlich dasselbe Kabinett, das vor zehn Tagen gestürzt wurde. (Sehr wahr! rechts.) Sie sagen sehr wahr, aber diese ganze Krisis konnte staatspolitisch überhaupt nicht verantwortet werden. (Lebh. Zust. l. Z.) Das Stürzen der Regierung kann höchstens weitgemacht werden durch Sterilität gewisser Kreise. Aufbau ist jetzt notwendig. (Ruf rechts: Neuwahlen!) **Das deutsche Volk ist nur dann wieder zur Höhe zu führen, wenn die politische Vernunft sich um einen festen Kristallisationspunkt herum sammeln kann.** Wir glauben, daß **dieses Kabinett einen solchen Kristallisationspunkt abgeben kann. Daher begrüßen wir den Eintritt der Bayerischen Volkspartei in die Regierung,** wenn es auch vorläufig in gewissem Sinne nur eine Ehe zur linken Hand ist. Wir hoffen, daß in der praktischen Arbeit sich auch grundsätzlich eine innere Uebereinstimmung finden kann. Dieser Eintritt kann einer Sanierung dienen, und wir werden grundsätzlich keine Schwierigkeiten bereiten. Das innenpolitische Programm hat der Reichskanzler dahin ausgedrückt, daß er sagte, wir werden den Kampf weder gegen rechts noch links führen, sondern nur gegen diejenigen, die mit List des Gewalt dem deutschen Volke das Leite und heute rauben wollen. Wenn das auch eine Binsenwahrheit ist, worüber ich gestern teilweise spöttische Bemerkungen von ge-

(Fortsetzung Seite 2.)

Bayern und Reich.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 5. Dezember.

Im Ständigen Ausschuß des Landtages standen am Mittwoch die sozialdemokratischen Anträge betr. die Aufhebung des Belagerungszustandes und betreffend die Maßnahmen gegen den Hitlerputsch zur Behandlung.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung, an der auch sämtliche Staatsminister teilnahmen, nahm

Ministerpräsident Dr. von Knilling

das Wort zu einer Rede über den Hitler-Putsch und die politische Lage in Bayern und führte aus:

„Als ich am 26. 9. von der Berliner Besprechung der Ministerpräsidenten über den Abbau des passiven Widerstandes zurückkehrte, fand ich hier eine Lage vor, die zu den höchsten Besorgnissen Anlaß gab. Für den nächsten Tag waren 14 national-sozialistische Versammlungen angekündigt. Im Anschluß an sie mußte nach den vorliegenden Nachrichten mit gewaltsamen Versuchen der National-Sozialisten, unter Beseitigung der verfassungsmäßigen Regierung die Macht an sich zu reißen, gerechnet werden.

Es galt schnell zu handeln.

Am späten Nachmittag des 26. 9. wurde vom Ministerrat die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Einsetzung eines Generalstaatskommissars in der Person des Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr beschlossen. Wären die Maßnahmen unterblieben, so hätten wir am Morgen des 28. 9. in München wahrscheinlich noch viel schlimmere Ereignisse erlebt, als am 8. und 9. 11. Die Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes wurde auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise schon am Abend des 26. 9., ein paar Stunden nach der Beschlußfassung im Ministerrate, in Berlin bekannt, und zwar noch bevor in München die Oeffentlichkeit davon erfahren hatte. Die Antwort aus Berlin war bekanntlich die Erklärung des **militärischen Ausnahmezustandes für das gesamte Reichsgebiet.** Sowohl Reichskanzler Dr. Stresemann als auch Reichswehrminister Dr. Geßler erklärten am Vormittage des 27. 9., die beiden Ausnahmezustände könnten nebeneinander bestehen. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die obligatorische Bestellung eines Zivilkommissars gerade mit Rücksicht auf Bayern unterblieben sei und daß angenommen sei, der Reichskommissar und der bayerische Generalstaatskommissar würden reibungslos zusammenarbeiten. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt.

Die Schuld liegt aber nicht in München, sondern in Berlin.

Eine Durchführung des vom Reichswehrminister seiner Zeit ergangenen Verbotes des „Völkischen Beobachters" würde in jenen Tagen nur alle Versuche, die vaterländischen Verbände von der national-sozialistischen Bewegung fernzuhalten und auf die Seite der Staatsgewalt zu bringen, vereitelt haben.

Der Ministerpräsident sagte weiter,

General von Lossow

habe sich nach Vernehmen mit dem Ministerpräsidenten und dem Generalstaatskommissar in einem chiffrierten und nicht, wie behauptet wurde, in einem offenen Telegramm zur Ausführung des Befehls außer Stande erklärt. Dr. von Knilling betonte weiter, daß es sich hier um einen politischen und nicht nur einen militärischen Fall gehandelt habe. Die bayerische Regierung habe mit dem Generalstaatskommissar den Standpunkt des Generals von Lossow nur teilen können, daß der Befehl des Reichswehrministers in jenem Zeitpunkte unausführbar war. General von Lossow hat dann den Erlaß des General von Seeckt vom 9. Oktober dem bayerischen Ministerpräsidenten mitgeteilt und ausdrücklich erklärt, er werde keinen Augenblick zögern, seinen Abschied einzureichen, wenn es den Wohle des Vaterlandes dienlich sei. Das Ergebnis der Rücksprache war, daß an General von Seeckt folgende Meldung abging: „Der Ministerpräsident hat von Lossow gebeten, vorerst von weiteren Schritten Abstand zu nehmen, denn die Angelegenheit sei nach seiner Auffassung eine rein politische und müsse durch Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung ausgetragen werden." Der Ministerpräsident richtete ferner an den Reichskanzler ein ausführliches Schreiben vom 12. Oktober, in dem dieser angelegentlich ersucht wurde, seinen Einfluß im Sinne eines Verbleibens des Generals von Lossow auf seinen Posten aufzuwenden. Gleichzeitig wurden die für das Verhalten des Generals von Lossow sprechenden Gründe dargelegt. Außerdem stellte am 12. Oktober auftragsgemäß der bayerische Gesandte Dr. von Preger dem Reichskanzler und den Reichspräsidenten den Ernst der Lage vor. Von beiden wurde eine nochmalige Prüfung der Sache zugesagt. Sie sahen jedoch den einzigen Ausweg aus dem Konflikt in dem freiwilligen Rücktritt des Generals von Lossow. Um diesen herbeizuführen, ließ der Reichswehrminister den General von Kreß am 18. Oktober nach Augsburg kommen, um durch ihn auf General von Lossow in dem gedachten Sinne einzuwirken. Bei dieser Gelegenheit fielen jene für Bayern wenig freundlichen Aeußerungen des Reichswehrministers

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Das großmütige Polen und die armen Juden.

Von

Dr. Max Naumann.

(Vorsitzender des Verbandes nationaldeutscher Juden.)

Die glorreiche Republik Polen hat schwere Sorgen. Polnische Staatsbürger sind in Deutschland lieblos behandelt worden, in dem schäbigen Rest des barbarischen Deutschland, der durch ein bedauerliches Versehen der Weltordner von Versailles nicht für Polen oder ein anderes Kulturland erobert wurde. Aus Bayern hat man Polen als lästige Ausländer ausgewiesen. Und in Berlin sind bei den Ausschreitungen in der Grenadierstraße auch Polen zu Schaden gekommen. Darob sträubt sich das Gefieder des weißen Adlers und er reißt zu entrüstetem Protest den gewaltigen Schnabel auf. Die betroffenen polnischen Staatsbürger gehören dem jüdischen Glaubensbekenntnis an. Aber das ist natürlich nicht das geringste zur Sache. Jeder Pole hat ein heiliges Recht darauf, daß ganz Polen für ihn das vorgeschriebene Aergernis nimmt, selbst auf die Gefahr einer Beeinträchtigung der vorzüglichen Beziehungen zum deutschen Nachbarreiche. Jeder Pole hat dieses heilige Recht, natürlich auch der jüdische Pole. Oder zweifelt etwa jemand daran, daß auch der polnische Jude ein vollberechtigter polnischer Staatsbürger ist?

Wir brauchen einen Augenblick des Besinnens. Ist nicht Polen das Land, das von allen Ländern der Welt seine Juden am schlechtesten behandelt? Werden nicht dort die jüdischen „Staatsbürger" bei jeder erdenklichen Gelegenheit von gebildetem und anderem Pöbel beschimpft, mißhandelt, unter fadenscheinigen Vorwänden von Haus und Hof vertrieben, von Hoch- und anderen Schulen ausgeschlossen, in Heer und Beamtenschaft zurückgesetzt, mit bureaukratischen Schikanen bis aufs Blut gequält? Geschieht dies nicht alles unter wohlwollender Duldung des polnischen Staates? Wir meinen uns zu erinnern, daß selbst Poincaré, der polnische Gott in Frankreich, erst kürzlich mit bemerkenswerter Deutlichkeit sein Mißfallen darüber ausgesprochen hat, wie das erhabene Polen mit seinen jüdischen Bürgern verfährt. Und jetzt plötzlich dieser heilige Zorn, weil einmal als stark abgeschwächtes Einzelereignis in Deutschland geschieht, was in Polen in größter Form an der Tagesordnung ist!

Ein englisches Sprichwort sagt: „Barmherzigkeit beginnt zu Hause." In polnischer Sprache scheint das Wort anders zu lauten. Das Verständnis dafür, wie zweckmäßig es ist, Unangenehmes von anderen verrichten zu lassen, war stets in der ritterlichsten aller Nationen lebendig. Edle Polen haben nie Gewicht darauf gelegt, aus eigenen Mitteln zu zahlen, schon zu Heinrich Heine's Zeiten nicht. Was hindert sie, diesen gesunden wirtschaftlichen Grundsatz auf das Gebiet anderer menschlicher Beziehungen zu übertragen? Barmherzigkeit in Polen verlangt Niederhaltung des eigenen Herrenintinkts. Dafür darf Deutschland, der Knecht Europas, barmherzig sein. Und was in Polen ein elender Jude heißt, ist in Deutschland noch immer ein schutzwürdiger polnischer Staatsbürger.

Es wird praktisch nicht viel herauskommen bei der Schutzaktion, darüber täuscht sich wohl auch Polen nicht. Aber darauf kommt es schließlich nicht an. Die Hauptsache ist, daß wieder einmal der polnische Adler dem deutschen Hammel die Fänge gezeigt hat. Auch die großmütig beschützten polnischen Juden werden kaum einen Vorteil haben. Man steigert seine Beliebtheit nicht, wenn man sich von einem unsympathischen Nachbarn beschützen läßt.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl. Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1860. Hertwigstr. 20-21. Gegr. 1893

DER VERLORENE SCHUH
Decla-Bioscop-Film der Ufa
Regie: Ludwig Berger
URAUFFÜHRUNG: HEUTE ■ VORVERKAUF 11–1 UHR
UFA-PALAST AM ZOO